

# „Die Suppe nicht nur auslöffeln, sondern auch salzen“

Die SPD will im Landkreis erstmals ein politisches Forum für Ausländer anbieten – Der Gesprächsbedarf scheint dafür groß, zeigt die Resonanz

**Kreis Böblingen.** Zum ersten Mal will die SPD für Menschen mit Migrationshintergrund ein Forum schaffen: Bei einem ersten Treffen im Kreis Böblingen ernannte der Initiator, SPD-Landtagsabgeordneter Stephan Braun, eine große Resonanz.

*Von Sybille Schurr*

Im Kreis Böblingen leben rund 20 Prozent nichtdeutschstämmige Menschen. „Integrationspolitik ist ein Zukunftsthema“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Böblingen/Sindelfingen, Stephan Braun. Als er im März den Vorsitz der Kreis-SPD übernommen hat, war das auch eine Weichenstellung in diese Richtung. Brauns Stellvertreterin im Kreisvorstand ist Pinar Tütüner. Die diplomierte Betriebswirtin und Dolmetscherin aus Sindelfingen studiert derzeit Internationales Recht und setzt sich auf Landesebene für „SPD ve biz“ ein. „SPD und wir“ soll zu einem deutschlandweiten Netzwerk werden, das türkischstämmige Mandatsträger zusammenführt, aber mehr noch, die in Deutschland lebenden Türken, überhaupt Ausländer, ganz gezielt in die Reihen der

Genossen holen will. „SPD e nós“, die Gründung eines portugiesischen Forums steht bereits bevor. Das erste Forum für Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Landkreis Böblingen unter dem Dach des SPD-Kreisverbandes wurde nun aus der Taufe gehoben. Das Interesse an der Veranstaltung sprengte den vorgesehenen kleinen Rahmen. Gerechnet hatte Stephan Braun vorsichtig mit der Teilnahme von 30 Interessierten.

## Stolz auf erstes Forum im Kreis

Aber der Saal in der Dagersheimer Zehntscheune reichte kaum aus für alle die, die der Einladung von Pinar Tütüner gefolgt waren. „Es macht uns schon stolz, dass wir im Kreis das erste Forum mit so viel Erfolg gegründet haben“, stellt Stephan Braun fest. „Begegnung allein schafft kein Miteinander“, sagt Pinar Tütüner. Es braucht Teilhabe in allen Bereichen. Immer lauter wird der Ruf der Menschen aus Drittländern zumindest nach dem Kommunalwahlrecht. „Wir wollen dort, wo unser Lebensmittelpunkt ist, auch mitgehobener Stadtrat aus Stuttgart, der diese Mitgestaltungsmöglichkeit über die deutsche

Staatsbürgerschaft erreicht hat. Doch die Zahl der Einbürgerungen ist rückläufig.

Den Ditzinger Rechtsanwalt Macit Karahmetoglu, Mitglied des Migrationsbetrats des SPD-Landesverbandes, wundert das nicht. „nach Einführung von Fragebögen und sonstiger Gesinnungsschulfreiheit.“ Viele sagen: Das tue ich mir nicht an.“ Viele Migranten werden sich enttäuscht ab von der deutschen Gesellschaft: „Man hat diese Menschen über Jahrzehnte alleingelassen mit ihren Problemen.“ Vor allem die CDU-Politik habe es sich sehr leicht gemacht: „Man hat einfach ignoriert, dass Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden ist. Man hat sich nicht um Integration bemüht, viel zu wenig getan in der Begleitung von Jugendlichen.“

Erst 2005 während der rot-grünen Regierung kam es überhaupt zu einem Zuwanderungsgesetz. „Es sind hohe Hürden zu nehmen“, stellt Karahmetoglu fest, „aber es sind klare Aussagen.“ Doch das Rad werde bereits wieder zurückgedreht, beklagt er: „De facto haben wir jetzt Bürger erster und zweiter Klasse.“ Einem eingebürgerten Ausländer, der arbeitslos ist, werde der Familienzuzug verweigert. „Integration muss ein zweigleisiger Prozess auf Augenhöhe sein.“ „Integra-

tion braucht Verlässlichkeit“, stellt auch Stephan Braun fest. Baden-Württemberg brauche endlich einen Integrationsplan. Die Tatsache, dass dieses Land ein Einwanderungsland ist, könne nicht länger ignoriert werden. Auch diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: In Baden-Württemberg gibt es 65 000 türkische Selbstständige, die rund 30 Milliarden Euro umsetzen und mehr als 300 000 Arbeitsplätze geschaffen haben.

## „Viel Potenzial liegt hier brach“

„Ein neuer Bürger soll die Suppe nicht nur mitlöffeln, er soll sie auch mitsalzen“, sagt Metin Erdogan, Sozialattaché des türkischen Generalkonsulats in Stuttgart. Integration muss Gleichstellung sein. Dennoch will er keine einseitige Schulzuweisung. Auch seinen Landsleuten seien Versäumnisse vorzuwerfen. „Viele haben überhaupt nicht erkannt, welche Chancen ihnen dieses Land bietet.“ Viel Potenzial liege hier brach. „Es müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, türkische Jugendliche besser auszubilden“, die Gesellschaft könne es sich nicht länger leisten, auf diese Menschen einfach zu verzichten.